



TOP I Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik

Titel: Physicians Payment Sunshine Act

Entschließungsantrag

Von: Katharina Kulike als Delegierte der Ärztekammer Berlin
Dr. Eva Müller-Dannecker als Delegierte der Ärztekammer Berlin
Dr. Matthias Albrecht, MBA als Delegierter der Ärztekammer Berlin
Dr. Ingrid Rothe-Kirchberger als Delegierte der Landesärztekammer Baden-Württemberg
Dr. Detlef Lorenzen als Delegierter der Landesärztekammer Baden-Württemberg

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHEIDUNG FASSEN:

Der 116. Deutsche Ärztetag 2013 tritt für die Offenlegung aller Zuwendungen der Industrie an Ärzte ein, orientiert am Physicians Payment Sunshine Act (PPSA), der als Teil von Obamas Gesundheitsreformgesetzgebung 2010 vom US-Kongress verabschiedet wurde.

Der Physicians Payment Sunshine Act sieht vor:

- eine **jährliche Berichtspflicht** aller Hersteller von Arzneimitteln, Geräten, biologischen Präparaten und Medizinbedarf gegenüber dem US-Gesundheitsministerium (DHHS) über alle Zuwendungen an Ärzte und Lehrkrankenhäuser jenseits einer Bagatellgrenze von US \$ 100/Jahr. Die Informationen werden vom DHHS auf einer öffentlich zugänglichen Seite zeitnah veröffentlicht.
- das Gesetz ist strafbewehrt

Was muss offen gelegt werden?

- alle finanziellen und Sachleistungen
- Name, Adresse, Anbieter, Wert, Datum und Art der Zuwendung
- Ausnahmen sind Infomaterial für Patienten, Rabatte und Nachlässe, Darlehen für Produkte, Dividenden aus Aktien etc., Zuwendungen unter US \$ 10
- Arzneimittel- und Gerätemuster müssen dem Gesundheitsministerium gesondert gemeldet werden
- die finanzielle Beteiligung von Ärzten an Herstellerfirmen und Einkaufsorganisationen ist ebenfalls meldepflichtig

Der Ärztetag beauftragt die Bundesärztekammer, im Sinne einer solchen Gesetzgebung

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0



gegenüber den politischen Entscheidungsträgern initiativ zu werden und dem 117. Deutschen Ärztetag 2014 darüber Bericht zu erstatten.

Begründung:

Die finanziellen Beziehungen zwischen Industrie und akademischer Medizin sind weitgehend intransparent und bisher wenig untersucht.

Nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland gibt es eine zunehmende innerärztliche wie auch öffentliche Debatte über den wachsenden Einfluss der pharmazeutischen und Geräteindustrie auf die Medizin. Dieser Einfluss gefährdet die Unabhängigkeit der Medizin als Wissenschaft und Praxis sowie das öffentliche Vertrauen in die Medizin als Institution. Die Debatte um diesen Einfluss hat in den USA zur Einführung strikterer Regelungen im Umgang von Ärzten und akademischen Zentren mit der Industrie geführt. Gerade führende medizinische Fakultäten in den USA waren und sind hierbei Vorreiter. Der PPSA wurde von einer breiten Allianz aus Ärzte- und Patientenorganisationen, Verbraucherverbänden, Leistungsträgern und Leistungserbringern, Gewerkschaften, Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen unterstützt. Von einer solchen Gesetzgebung sind eine bessere Qualität und Sicherheit in der Arzneimittelverordnung, niedrigere Arzneimittelkosten und eine Stärkung der Glaubwürdigkeit des ärztlichen Berufsstandes sowie des Patientenvertrauens zu erwarten.

Wenn auch in Deutschland weniger untersucht, dürften sich die Verhältnisse, die Anlass für den PPSA waren, hier nicht wesentlich von denen in den USA unterscheiden.